

vorwärtsEXTRA

INFORMATIONEN DES SPD-BEZIRKS HESSEN-NORD

BEZIRK
HESSEN-NORD

SPD



FOTO: BÜRO GREMMELS

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

Herzlichen Glückwunsch an die neuen Landräte für den Kreis Hersfeld-Rotenburg, Torsten Warncke, und für den Landkreis Kassel, Andreas Siebert, zu ihren eindrucksvollen Wahlsiegen. Besonders freut mich, dass der SPD-Landtagsabgeordnete Torsten Warncke den CDU-Amtsleiter deklassiert hat und das Landratsamt in Bad Hersfeld nach 18 Jahren wieder für die SPD zurückgewonnen hat.

Ein herzlicher Glückwunsch geht auch an Winfried Becker, den alten und neuen Landrat im Schwalm-Eder-Kreis, der sich auf Anhieb deutlich gegen drei weitere Mitbewerber durchgesetzt hat.

Erstmals seit Mitte der 90er Jahre stellt die SPD in Nordhessen - mit Ausnahme von Fulda - wieder in allen Landkreisen die Landräte. Das zeigt, dass wir in Nordhessen mit überzeugenden Persönlichkeiten Wahlen gewinnen können und sozialdemokratische Politik für die Menschen gestalten.

Trotz der positiven Direktwahlen können wir aber mit den Ergebnissen der Kreiswahlen und der Kasseler Stadtverordnetenversammlung insgesamt nicht zufrieden sein. Die SPD verzeichnet hier Verluste von bis zu 10 Prozent.

Dennoch: Im Kreis Hersfeld-Rotenburg hat unsere Partei leicht hinzugewonnen. Erfreulich ist auch, dass die SPD im Landkreis Kassel über 40 Prozent erreichen konnte.

Gut ist auch, dass die AfD in weiten Bereichen wieder deutlich an Stimmen verloren hat.

Mit den Landratswahlen haben wir unseren Führungsanspruch als Nordhessenpartei behauptet.

Bei den Kreiswahlen liegen wir in unserer Region nur noch knapp vor der CDU.

Deshalb müssen wir intensiv daran arbeiten, diesen Führungsanspruch wieder auszubauen.

Mein Dank gilt den Ehrenamtlichen in den Ortsvereinen und Unterbezirken. Ich danke allen, die dazu beigetragen haben, dass die SPD in Nordhessen noch vor allen anderen Parteien liegt.

Ich bitte Euch alle, schnell wieder durchzustarten, den Menschen unsere Politik zu erklären und sie davon zu überzeugen, dass die Nordhessen-SPD ein stabiler Faktor in unserer Region ist und ihre beste Wahl bei der Bundestagswahl am 26. September. ■

Euer

SPD BLEIBT IN NORDHESSEN KNAPP VORN

Kommunalwahl vom 14. März 2021

Die Sozialdemokraten haben ihre Position als Nordhessenpartei in der Region knapp behauptet.

Erfolgreich waren sie bei den Landratswahlen: Torsten Warncke hat mit knapp 62 Prozent aus dem Stand ein hervorragendes Ergebnis im Kreis Hersfeld-Rotenburg erzielt, wie auch Andreas Siebert mit fast 59 Prozent im Landkreis Kassel. Und auch Winfried Becker konnte im Schwalm-Eder-Kreis die Position des Landrats mit 51,5 Prozent erfolgreich verteidigen.

Bei den Kreiswahlen musste die SPD bezirkswide einen Verlust von 4,1 Prozent hinnehmen.

Das beste Ergebnis erzielte die SPD im Landkreis Kassel mit über 40 Prozent, gefolgt von den Genossen im Kreis Hersfeld-Rotenburg mit 37,2 Prozent.

Nur hier hat die SPD, wenn auch gering, zugelegt. Auch im Werra-Meißner-Kreis, im Schwalm-Eder-Kreis und im Kreis Marburg-Biedenkopf blieb die SPD stärkste Kraft in den Kreistagen. Im der Stadt Kassel musste sie die Führung an die Grünen, im Kreis Waldeck-Frankenberg an die CDU abgeben.

Bei den Gemeindevahlen sind die Ergebnisse sehr unterschiedlich. Sie reichen von Stimmverlusten von über 20 Prozent in Gudensberg und Frankenu bis zu Zugewinnen von 27,6 Prozent in Rasdorf, wo die SPD nach Jahren wieder mit einer Liste antrat, und 28,8 Prozent Zugewinn in Ludwigsau. Hier hatte die CDU keine Liste mehr aufgestellt. So fuhr die SPD-Ludwigsau mit 90,3 Prozent das beste Ergebnis in Nordhessen ein. ■

So hat Nordhessen gewählt:

		Bet.	CDU	SPD	Grüne	FDP	Rep/AfD	WG en	Linke	Sonst.
Kassel St	G 22	43,7	19,2	24,6	28,7	5,6	5,6	2,3	11,2	2,9
	G 16	42,8	20,7	29,5	18,0	5,6	11,0	3,0	10,6	1,6
Kassel LK	K 22	50,1	24,2	40,6	14,1	4,1	6,1	7,0	3,9	
	K 16	51,8	22,8	44,3	8,6	4,1	11,0	5,3	3,9	
Werra-Meißner	K 22	56,1	30,4	32,8	12,0	4,0	5,2	10,3	4,1	
	K 16	53,5	30,7	41,8	7,6	4,9		10,6	4,5	
Schwalm-Eder	K 22	55,2	22,6	34,8	11,7	6,9	6,8	13,6	2,8	0,9
	K 16	55,8	23,8	38,7	7,3	6,3	10,2	10,1	2,8	0,8
Waldeck-Frankenberg	K 22	52,6	28,2	25,5	14,4	8,4	7,0	13,8	2,7	
	K 16	50,4	28,0	31,1	8,2	6,9	11,3	11,3	2,6	0,6
Marburg-Biedenkopf	K 22	51,8	26,3	30,5	16,0	4,5	6,8	4,4	6,6	4,8
	K 16	48,7	27,2	35,0	9,5	3,9	12,5	4,5	6,5	0,9
Marburg	G 22	54,6	21,1	23,4	26,3	3,9			11,5	10,4
	G 16	45,8	28,1	31,3	15,1	4,5		6,1	13,8	1,1
Fulda LK	K 22	56,2	44,1	12,3	12,0	6,5	10,0	7,8	2,4	9,7
	K 16	54,5	46,5	15,5	8,1	5,5	15,3	6,4	2,8	
Fulda St.	G 22	47,4	42,4	13,5	16,2	6,4	7,2	2,9	3,7	7,6
	G 16	44,1	46,5	15,2	12,0	6,6	6,9	6,6	6,2	
Hersfeld-Rotenburg	K 22	53,9	25,8	37,2	9,2	5,5	8,3	5,0	2,2	6,4
	K 16	53,9	30,0	36,9	5,9	5,1	12,4	6,9	2,8	
Nordhessen	K 22	52,1	28,3	29,1	14,9	5,7	7,2	8,1	4,5	2,6
	K 16	51,2	28,9	33,2	9,2	5,0	11,3	7,6	4,6	0,5
Hessen	K 22	50,5	28,5	24,0	18,4	6,7	11,9	9,2	4,0	2,1
	K 16	48,0	28,9	28,5	11,3	6,4	12,1	7,9	3,5	1,2

FLÄCHENDECKENDE MEDIZINISCHE VERSORGUNG DAUERHAFT SICHERN

Von Edgar Franke MdB

Gute medizinische Versorgung vor Ort ist ein wichtiges Stück Lebensqualität. Aber immer mehr Kommunen suchen händeringend nach Hausärzten, kleinere Kliniken kämpfen ums finanzielle Überleben und in den Gesundheitsämtern fehlt es an Personal und Geld.

Eine gute Gesundheitsversorgung ist für uns Sozialdemokraten als Daseinsvorsorge unverzichtbar. Gesundheit ist das höchste Gut und darf nicht vom sozialen Status abhängen. Es darf nicht sein, dass wer arm ist, früher stirbt.

Deshalb hat sich die SPD im Bund in den letzten Jahren für eine optimale, flächendeckende Gesundheitsversorgung eingesetzt und bereits vieles verbessert:

Wir stärken die bedarfsnotwendigen

Kliniken auf dem Land mit einer jährlichen Bundesförderung, die jetzt erhöht wurde. Sie können bis zu 800.000 Euro pro Jahr zusätzlich erhalten.

Mit dem Krankenhauszukunftsgesetz stellen wir den Kliniken drei Milliarden Euro für Digitalisierung, IT-Infrastruktur und moderne Notfallversorgung bereit.

Mit dem Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst erhalten die Länder bis 2026 vier Milliarden Euro vor allem für mehr Personal – damit schaffen wir bis zu 5.000 Stellen in den Gesundheitsämtern.

Auch die ambulante medizinische Versorgung muss zukunftssicher sein. In meinem Wahlkreis treten wir dem Ärztemangel entschieden entgegen. Gemeinsam mit unseren Kommunen, mit Ärzten, Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen

erarbeiten wir neue Konzepte. Wir fördern mit einem Stipendienprogramm Medizinstudierende, die sich verpflichten, mindestens 10 Jahre im Kreis tätig zu werden. Mit Förderprogrammen unterstützen wir innovative Projekte, um die medizinische Versorgung zu vor Ort zu sichern.

Hierzu gehören Medizinische Versorgungszentren (MVZ's), die sich gerade im ländlichen Raum bewährt haben und dafür sorgen, dass die Arbeit sich für die Ärzte und Therapeuten mehr lohnt. Ich habe mich persönlich dafür eingesetzt, dass auch Kommunen MVZ's betreiben und auch Ärzte anstellen dürfen. Deshalb habe ich mich sehr gefreut, dass vor zweieinhalb Jahren das erste kommunale MVZ Hessens in Schwarzenborn in meinem Wahlkreis eröffnet werden konnte. ■



Dr. Edgar Franke MdB

FOTO: BÜRO FRANKE

MEHR KONTROLLMÖGLICHKEITEN UND BEFUGNISSE BEI DER BAFIN

Timon Gremmels MdB: Bessere Kontrolle des Finanzmarktes

Manipulationen der Bilanzen von Kapitalmarktunternehmen haben das Vertrauen in den deutschen Finanzmarkt erschüttert und ihm schweren Schaden zugefügt. Der Fall Wirecard hat die Schwachstellen im bestehenden System der Bilanzkontrolle offengelegt. Auf die Testate der Wirtschaftsprüferinnen und -prüfer war über Jahre hinweg kein Verlass. Daher haben unser Finanzminister und Vizekanzler Olaf Scholz und unsere Justizministerin Christine Lambrecht Konsequenzen gezogen: Sie haben einen Aktionsplan zur Bekämpfung von Bilanzbetrug vorgelegt, der nun im Bundestag beraten wird. Wir stärken die Unabhängigkeit von Abschlussprüferinnen und -prüfern und gewährleisten

damit, dass Testate wirklich verlässlich sind. Der private Handel mit Finanzinstrumenten wird für Beschäftigte der Bundesanstalt für Bilanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) weitgehend verboten, damit kein Zweifel an der Integrität der Aufsicht besteht. Durch mehr Kompetenzen und Eingriffsmöglichkeiten wird die BaFin im Aufsichts- und Prüfungshandeln schlagkräftiger. Die Aufsicht durch die BaFin wird deshalb deutlich gestärkt.

Mit modernster Technologie soll der Finanzmarkt wirksamer beaufsichtigt werden.

Die internen Strukturen und Abläufe werden gestrafft und Verantwortung klarer zugeteilt.

Insbesondere soll die BaFin künftig

stärker präventiv agieren und Verdachtsfällen in der Bilanzkontrolle schneller und effizienter nachgehen können. Dazu erhält die BaFin mehr Kontrollmöglichkeiten und stärkere hoheitliche Befugnisse, um bei Verdacht auf Bilanzverstöße direkt und unmittelbar gegenüber Kapitalmarktunternehmen auftreten zu können. Für Anlass- und Verdachtsprüfungen soll die BaFin künftig unmittelbar zuständig sein. Hinzu kommt: Mit dem Gesetz werden die Wirtschaftsprüfer strenger Regeln unterworfen, um ihre Unabhängigkeit zu gewährleisten und Interessenkonflikte zu vermeiden. So werden sie zur Rotation spätestens nach zehn Jahren verpflichtet, zudem werden die Vorgaben zur Trennung von Prüfung und Beratung verschärft. ■



Timon Gremmels MdB

FOTO: BÜRO GREMMELS

DER SPD-BEZIRK HESSEN-NORD TRAUERT UM BARBARA STOLTERFOHT

Im Alter von 80 Jahren verstarb die frühere Stellevertretende Vorsitzende des SPD-Bezirks Hessen-Nord und ehemalige hessische Staatsministerin für Frauen, Arbeit und Sozialordnung, Barbara Stolterfoht, in Berlin.

Barbara Stolterfoht war eine Vorreiterin für Frauenrechte und Gleichstellung und herausragende Sozialpolitikerin, die zunächst in Nordhessen und später im ganzen Land die Frauenpolitik und die Sozialpolitik entscheidend geprägt hat.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands war Barbara Stolterfohts politische Heimat. Seit 1965 war sie Mitglied der SPD.

Seit 1984 bis 2003 war sie auf vielfältige Weise für die nordhessische Sozialdemokratie in der Gleichstellungspolitik und

in der Sozialpolitik aktiv. Unter anderem war sie zwischen 1997 und 2001 Stellvertretende Vorsitzende des SPD-Bezirks Hessen-Nord und für die nordhessische SPD von 1995 bis 2000 im Landesvorstand der hessischen Partei.

1984 berief der damalige Kasseler Oberbürgermeister Hans Eichel Barbara Stolterfoht zur ersten Frauenbeauftragten einer deutschen Kommune. 1985 wurde sie in Kassel Stadträtin für Frauenfragen, Gesundheit, und Soziales. Ab 1992 war sie Landesdirektorin des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen.

1995 berief Ministerpräsident Hans Eichel Barbara Stolterfoht als Staatsministerin für Frauen, Arbeit und Sozialordnung in die hessische Landesregierung. Von 1999 bis 2003 vertrat sie den Wahlkreis

Kassel-Ost als Abgeordnete im Hessischen Landtag und war stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion.

Barbara Stolterfoht leitete von 2000 bis 2008 als Vorsitzende den Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband und war von 2005 bis 2007 zusätzlich Präsidentin der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege.

Die Sozialdemokratie verliert mit Barbara Stolterfoht eine Weggefährtin, die beharrlich für die Sache der Frauen eintrat und eine engagierte Sozialpolitikerin, die stetig neue Projekte auf den Weg brachte, um Benachteiligte aus dem Abseits zu holen.

Die nordhessische SPD wird Barbara Stolterfoht ein ehrendes Andenken bewahren. ■



Barbara Stolterfoht

FOTO: PRIVAT

Globale Impfstrategie gegen COVID-19

Dr. Udo Bullmann MdEP: Das Virus gemeinsam bekämpfen

Die Sozialdemokratischen Parteien fordern auf Initiative des hessischen Europaabgeordneten und Europabeauftragten des SPD-Partei-vorstandes Udo Bullmann eine globale Impfstrategie.

„Diese Pandemie ist eine globale Herausforderung, deshalb ist klar, dass auch die Lösung nur eine globale Initiative sein kann. Nur wenn alle Menschen weltweit geimpft werden können, sind wir auch in Europa sicher vor dem Corona-Virus und immer gefährlicheren Mutationen. Es geht darum, Menschenleben zu retten und diese Krise schnell zu beenden. Der Wettlauf gegen die Zeit und gegen weitere Mutationen muss gewonnen werden und dabei kann es keine Tabus geben. Deshalb brauchen wir endlich eine Impfstrategie, die auch den Globalen Süden als Partner miteinschließt“, erklärte Udo Bullmann den Hintergrund seiner Initiative, die er im internationalen Netzwerk der sozialdemokratischen Parteien „Progressive Alliance“ (einem weltweiten Verbund von über 140 sozi-

aldemokratischen Parteien und Regionalverbänden) angestoßen hat.

Die sozialdemokratischen Parteien fordern eine massive Ausweitung der Herstellungskapazitäten für Impfstoffe. Die freiwillige Zusammenarbeit der Hersteller wird begrüßt, wo nötig sollen aber auch Produktionen an andere Impfstoffhersteller und Pharmaunternehmen über Lizenzen ausgelagert werden. „Damit in geeigneten Produktionsstätten überall auf der Welt produziert werden kann, darf auch die zeitlich befristete Weitergabe von Patenten und Produktionswissen kein Tabu sein. Bei der Verteilung der Impfstoffe darf es nicht länger auf die Finanzkraft der nachfragenden Länder ankommen. Besonders gefährdete Gruppen, wie Menschen im Gesundheitswesen und in anderen dem Virus besonders ausgesetzten Berufsgruppen, müssen weltweit zuerst Zugang zu Impfstoffen erhalten“, sagte Bullmann. Dabei soll die Strategie der internationalen Impfallianz COVAX eine faire Verteilung und eine solide Versorgung gewähr-

leisten. Ihre Zahlungseingpässe müssen umgehend beseitigt werden.

Die Mitglieder der Progressiven Allianz setzen sich in ihren vielfältigen Funktionen dafür ein, zusammen mit der Welt-handelsorganisation unbürokratisch Produktionsausweitungen zu ermöglichen und über die Weltgesundheitsorganisation die Impfstoffversorgung mit Finanzmitteln und Know-How auszustatten. „Solidarität statt Impfnationalismus ist die einzige Möglichkeit, um diese Krise zu beenden“ unterstrich Udo Bullmann. „Ziel unserer Zusammenarbeit mit den Ländern des Globalen Südens muss es sein, auch dort eine funktionierende öffentliche Gesundheitsfürsorge zu organisieren, um Covid-19 möglichst schnell zu überwinden, aber auch um für die nächste Pandemie gewappnet zu sein.“

„Der Schutz von Menschen muss an erster Stelle stehen. Das wird uns nur gelingen, wenn Impfstoffe gegen die Pandemie weltweit zu einem öffentlichen Gut werden, zu dem alle gleichen Zugang haben“, so Udo Bullmann abschließend. ■



Dr. Udo Bullmann MdEP

FOTO: BÜRO BULLMANN

IMPRESSUM

Herausgeber:

SPD-Bezirk Hessen-Nord
Humboldtstr. 8 A
34117 Kassel
Fon 0561/7001013
Fax 0561/7001088
bezirk.hessen-nord@spd.de
www.spd-hessen-nord.de

ANZEIGE

ERFOLGREICHES DIGITALES TOWN-HALL-MEETING

Diskussion mit Kanzlerkandidat Olaf Scholz

Zu einem virtuellen Town Hall Meeting mit dem SPD-Kanzlerkandidaten zur Bundestagswahl und den zwischenzeitlich am 14. März in ihren Landkreisen gewählten Landratskandidaten, Andreas Siebert, Landkreis Kassel, Winfried Becker, Schwalm-Eder-Kreis und Torsten Warnecke, Landkreis Hersfeld-Rotenburg hatte der SPD-Bezirk Hessen-Nord die Bürgerinnen und Bürger eingeladen. Mehrere hundert Interessierte schalteten sich zu.

„Eine große Rolle für die Gestaltung der Zukunft spielt die Frage, wie wir gegen die Corona-Krise kämpfen“, benannte Olaf Scholz die derzeit drängendste Frage. Mit seinen enormen Konjunkturprogrammen und der Priorität auf den Zusammenhalt in Europa, sei Deutschland bislang beispielgebend bei der Bewältigung dieser Krise. „Aber es ist noch nicht vorbei“, so Scholz weiter. „Maßnahmen für die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger aber auch große Anstrengungen, um Arbeit zu erhalten und neu zu schaffen, stehen noch bevor.“

Entscheidend sei, die Weichen richtig zu stellen, mahnte Scholz: für wirtschaftlichen Erfolg und Wohlstand auch in Zukunft und auch dafür, ob wir die Klimaziele erreichen. „Es geht darum, welchen Weg unser Land in den nächsten Jahren einschlägt.“ Dabei geht der Sozialdemokrat nicht von Gegensätzen aus, sondern sieht einen starken Zusammenhang von ehrgeizigem Klimaschutz und erfolgrei-

cher Industrie- und Wirtschaftspolitik.

Das Ziel, bis spätestens 2050 in Deutschland vollständig klimaneutral zu wirtschaften, sei eine enorme technologische Herausforderung, zum Beispiel beim Aufbau einer wettbewerbsfähigen Wasserstoffwirtschaft. Entwicklungen in diesem Bereich könnten dann aber auch weltweit gefragt sein: Klimaschutz mit einer starken, modernen Wirtschaft und guten zukunftsfähigen Arbeitsplätzen. Ähnlich sei es bei Konzepten für moderne Mobilität. Und auch im Bereich der Digitalisierung will Scholz dafür sorgen, dass Deutschland schnell zur „Gigabit-Gesellschaft“ aufsteigt, das schnelle Internet selbstverständlich ist in jedem Haushalt. Das Gesundheitssystem will der SPD-Kanzlerkandidat so weiterentwickeln, dass gute Arbeitsverhältnisse mit besserer Bezahlung und optimaler Versorgung zusammengehen. Und er will eine Gesundheitswirtschaft, die weltweite Spitze ist, beispielweise bei der Entwicklung wichtiger Medikamente oder wie zuletzt bei Impfstoffen.

Winfried Becker ergänzte als Ziele für seine Arbeit im Schwalm-Eder-Kreis: „Gute Bildung von der Kindertagesstätte über die Schulen bis hin zu einem guten Übergang von der Schule in den Beruf hat für mich eine hohe Priorität. Sie ist die Grundlage für gute Wirtschaft, Arbeitsplätze und gute Perspektiven in unserem Kreis.“

Andreas Siebert will die hohe Lebensqualität im Landkreis sichern und weiter



Digitales Town-Hall-Meeting mit Olaf Scholz, Winfried Becker, Andreas Siebert und Torsten Warnecke.

FOTO: SCREENSHOT

verbessern. „Besonders wichtig ist mir, unsere sehr gute soziale Infrastruktur, die wohnortnahe Gesundheitsversorgung, unser qualifiziertes Bildungsangebot und zukunftssichere Arbeitsplätze zu erhalten und weiter auszubauen.“ Er will ein Aufbruchsszenario in Gang setzen für eine ganzheitliche und nachhaltige Kommunalpolitik mit wichtigen Investitionen.

Torsten Warnecke setzt sich insbesondere für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse und eine gute Infrastruktur auf dem Lande ein. Viele Projekte auf dem Land, seien es Theater, Jugendarbeit oder der Bus in die nächste Stadt, werden von Ehrenamtlichen getragen. Im Gegensatz zu den Ballungsräumen. „Hier macht er sich für ein neues Gleichgewicht stark. „Zur Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse gehört für mich auch, dass ich mich für gute, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze einsetze, zum Beispiel bei K+S. Dem Erhalt der Arbeitsplätze bei K+S und vielen weiteren, die von diesen abhängen, gilt mein voller Einsatz.“

SPD-Bezirksvorsitzender Timon Gremmels dankte für die rege Diskussion und versprach, dass ähnliche Runden auch in Zukunft angeboten werden. ■

LAND HESSEN MUSS ERHEBLICHE MEHRBELASTUNGEN DER KOMMUNEN BEI DER EINGLIEDERUNGSHILFE AUSGLEICHEN

Timon Gremmels und Stefan Reuß

Durch das Bundesteilhabegesetz entstehen erhebliche Mehrbelastungen für die Landkreise und kreisfreien Städte im Bereich der Eingliederungshilfe in Hessen.

Der SPD-Bezirksvorsitzende Timon Gremmels MdB und der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Landeswohlfahrtsverband Hessen, Stefan Reuß, sehen die Hessische Landesregierung in der Pflicht, diese Mehrkosten der kommunalen Ebene auszugleichen.

Ziel des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) ist es, die Teilhabe und Selbstbestimmung von behinderten Menschen zu stärken. Außerdem dürfen Schwerbehinderte mit Assistenzbedarf deutlich mehr Vermögen ansparen als zuvor.

„Das Gesetz war sinnvoll und notwendig, da behinderten Menschen ermöglicht werden muss, so selbständig wie möglich gleichberechtigt in der Gesellschaft leben zu können. Hierfür muss der Mensch im Mittelpunkt stehen und seine Ziele zum Ausdruck bringen und verfolgen können. So ist es folgerichtig, dass die Beratung und die Erhebung der Bedarfe von behinderten Menschen nunmehr vor Ort durch den

Landeswohlfahrtsverband Hessen (LWV) erfolgt, auch wenn dies einen deutlichen personellen Mehrbedarf mit sich bringt“, betont Stefan Reuß.

Durch veränderte Regelungen im Bereich der Anrechnung von Einkommen und Vermögen ab 2020 habe der Landeswohlfahrtsverband jedoch deutlich weniger Einnahmen zu verzeichnen. Auch müssten Angehörige behinderter Menschen nun durch das Angehörigenentlastungsgesetz deutlich geringere Unterhaltsleistungen entrichten. Allein dies führte zu Mindereinnahmen beim LWV in Höhe von mehr als vier Millionen Euro jährlich, konkretisiert Reuß weiter.

„Abgesehen von den Auswirkungen des Bundesteilhabegesetzes steigt die Anzahl der behinderten Menschen kontinuierlich. Allein der LWV verzeichnet in den vergangenen 10 Jahren eine Steigerung von etwa 1000 Fallzahlen pro Jahr. Aufgrund der zusätzlichen Fälle und der ansteigenden Leistungsintensität wegen zunehmenden Lebensalters der leistungsberechtigten Menschen entstehen Mehraufwendungen von rund 40 Millionen Euro pro Jahr. Hinzu

kommen die tariflichen Steigerungen im Pflege- und Betreuungsbereich, die den Leistungserbringern zu erstatten sind. Diese Anpassungen erfordern jährliche Mehraufwendungen in zweistelliger Millionenhöhe“, erläutert Stefan Reuß.

„Diese finanziellen Mehrbelastungen kann der Landeswohlfahrtsverband nicht durch Einsparungen von Aufwendungen kompensieren. Die Verbandsumlage wird zwangsläufig steigen“, erklärt Timon Gremmels. „Für das Jahr 2021 ist eine Erhöhung um rund 61 Millionen Euro vorgesehen, obgleich der LWV Personaleinsparungen vornimmt. Aber auch die Aufwendungen der Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche, für die die Landkreise und kreisfreien Städte seit 2020 direkt verantwortlich sind, steigen deutlich an.“

„Das Land muss hier seiner Verantwortung gerecht werden und die Landkreise und kreisfreien Städte sowie den LWV entsprechend finanziell ausstatten, damit diese die gesetzlichen Vorgaben umsetzen und den Bedürfnissen der Menschen mit Behinderung gerecht werden können“, so Gremmels und Reuß. ■

GLÜCKWUNSCH!

Adele Becker
aus Immenhausen
Heinz Schönhals
aus Kassel
Maria Tielmann
aus Felsberg
Heinrich Debus
aus Dauphtetal
Karl Rossbach
aus Biedenkopf
zum 95. Geburtstag

Walter Acker
aus Marburg
zu 65 Jahren
Parteiliederschaft

Eva Bannert,
Hedi Lambrich,
Hannelore Limmeroth
aus Kassel,
Martin Kraft
aus Grebenstein
Lilli Bendel
aus Kirchhain
zu 70 Jahren
Parteiliederschaft ■